

Es ist genug Geld da

Zu: „Staatshilfen für Unternehmen“, FR-Politik vom 10. März

Wir haben es hier mit drei erfreulichen Fakten zu tun, die Hoffnung für die Zukunft geben: Im Rahmen der Corona-Pandemie zeigen sich in der Bundesregierung Fähigkeiten und Bereitschaft zur Vernetzung, Solidarität (in diesem Fall für Unternehmen), und es ist genug Geld in den Kassen, nämlich Milliarden, die zur Unterstützung ausgegeben werden können.

Zukünftig können wir uns also freuen, dass Vergleichbares geschieht, damit Flüchtlinge nicht mehr im Mittelmeer ertrinken oder an der deutsch-türkischen Grenze unter elenden Zuständen verharren müssen, dass, statt windige Ablasshändler zu finanzieren, etwas wirklich Fundamentales gegen die Klimakatastrophe getan wird, dass pflegebedürftige Menschen endlich menschenwürdig versorgt und Altenpflegerinnen und Altenpfleger besser bezahlt werden, dass Menschen in diesem Land präventiv und nachhaltig vor rechten Terror geschützt werden, dass Arbeitslose nicht mehr wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, dass soziale Einrichtungen nicht mehr unter dem heuchlerischen Vorwand von Inklusion kaputt gespart werden, dass Kinder Kinder sein dürfen und nicht als Leistungsempfänger und zukünftige Leistungsträger behandelt werden. Oder unterliege ich da einem Denkfehler, und es sind die Einen, die gefördert werden, und die Anderen, von denen gefordert wird?

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/sars-cov-2

Ohne Utopie keine Freiheit

Piketty: „Organisation der sozialen Ungleichheit“, FR-Fuilleton vom 11.3.

„Kapital und Ideologie“ ist ein Buch der Offenbarung ökonomischer Verhältnisse der gesamten Menschheitsgeschichte.

Die ökonomischen und sozialen Spuren der Vergangenheit bis heute haben ihre Wurzeln in Macht und Rechtsordnung von privatem Eigentum und staatlicher Ordnung zum Schutz und zur Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse. Doch der Materialismus in der westlich geprägten Wirtschaftsordnung ist der Wettbewerb um Macht und Einfluss, der Sieger bekommt alles und der Verlierer steht am Rand der Gesellschaft.

Die Ungleichheit scheint gefangen zu sein, wie in einem Käfig zu ihrem eigenen Schutz. Die Hoffnung auf einen Befreiungsschlag für die Zukunft ist die Überwindung alten Denkens. Ohne Utopie gibt es keine neue Freiheit.

Thomas Pikettys über 1200 Seiten geben einen tieferen Einblick, um die Welt von heute besser zu verstehen.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Die Lesung von Viktor Funk wurde abgesagt.
Mittwoch, 18. März, Frankfurt-Höchst

Pitt von Bebenburg diskutiert zum Thema „Aufstehen gegen die RECHTSschaffenden“ auf einem Podium des DGB Rodgau, von „Bunt statt Braun“ und Munavero.
Freitag, 20. März, 19 Uhr Bürgerhaus, Schillerstraße 27, Rodgau-Weiskirchen

Die Podiumsdiskussion „Medien und Wahrheit – Wer vermittelt uns ein realistisches Bild der Welt?“ mit Tom Buhrow, die **Bascha Mika** moderierensollte, wurde abgesagt,
Dienstag, 24. März, Bonner Universitätsforum, Bonn

Bascha Mika moderiert im Rahmen des Literaturfestivals literaTurm eine Diskussionsrunde zum Thema „Demokratie? Demokratie!“ mit dem Journalisten Henrik Müller (Autor des Buches „Kurzschlusspolitik“) und dem Publizisten Roger de Weck („Die Kraft der Demokratie“).
Eintritt 12 bzw. 6 Euro.
Mittwoch, 25. März, 20.15 Uhr Opernturm, 29. Stock Bockenheimer Landstraße 2-4, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Evan – Virenkrieg IV“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant.
Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

16. April, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Ein humanitäres Fiasko an Europas Grenze

Zu: „Versagt Europa wieder?“ und zu „Putins Beitrag“, FR-Titel und -Meinung vom 3. März

Ein Zeichen der Unmenschlichkeit

Es ist unerträglich, wie sich die Nato mit dem Aggressor Türkei solidarisch erklärt, nachdem seine Truppen angegriffen wurden. Und es ist unerträglich, wie sich die EU mit Griechenland solidarisch erklärt, das mit Tränengas und Blendgranaten sowie der Marine gegen Schutzsuchende kämpft. Es kommt einem Offenbarungseid gleich, dass nun Neonazis zur Hilfe eilen, um an der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland mit gegen die Flüchtlinge zu kämpfen. Und es ist ein weiteres Zeichen der Unmenschlichkeit, wenn der Innenminister der grünschwarzen Regierung Baden-Württembergs Griechenland eine Verstärkung seiner Kräfte durch die deutsche Polizei anbietet.

Bernhard Trautvetter, Essen

Europa hat Warnungen in den Wind geschlagen

Das Flüchtlingsdrama in Griechenland verschärft sich zusehends. An der türkisch-griechischen Grenze herrscht blankes Chaos. Die Einwohner der griechischen Inseln sind aufgebracht. Sie wollen ihr altes Leben zurück. Die Lage ist hochdramatisch. So wie die EU seit Jahren agiert droht alles in naher Zukunft zusammenzubrechen. Der berühmt-berüchtigte Flüchtlingsdeal mit der Türkei, den Bundeskanzlerin Merkel initiierte, ist gescheitert.

Griechenland erlebt gerade ein Déjà-vu des Jahres 2015. Es könnte im Jahr 2020 und in den kommenden Jahren noch weit aus schlimmer kommen, wenn nicht schnell etwas passiert. Deutschland bleibt Hauptziel land für jene, die das griechische Festland erreichen. Vier lange Jahre hatte die EU Zeit, sich um eine nachhaltige Lösung der Flüchtlingskrise zu bemühen. Doch im Vertrauen auf ein Funktionieren des Flüchtlingsdeals mit Erdoğan hat man das Problem ignoriert. Die EU versagt in der Flüchtlingskrise auf der ganzen Linie und erhält nun die Quittung.

Es hilft nicht weiter, wenn Merkel ähnlich einer Gouvernante Erdoğan nun „ermahnt“, zumal sich dieser von einer politischen „lame duck“ kaum beeindruckt lassen dürfte.

Derweil droht der türkische Präsident mit immer mehr Flüchtlingen: „Bald werden es Millionen sein“. Die Türkei hat seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien nahezu vier Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Dazu kommen viele Migranten und Flüchtlinge aus Afghanistan und anderen Ländern. Die Belastung des Landes dürfte ihre Grenze erreicht haben. Erdoğan hatte bereits mehrfach gedroht, die Grenzen zu öffnen, sollte vor allem Europa der Türkei mit dieser Last nicht besser helfen. Europa hat diese Warnung offensichtlich in den Wind geschlagen.

Alfred Kastner, Weiden

Ein Sommerurlaub der etwas anderen Art

Wenn zu hören ist, wie die Vertreter unserer unchristlichen Union sich gewehrt haben, eine Lösung zur Frage der humanitären Hilfe zu finden, wünsche ich mir, sie könnten einmal praktische Erfahrungen zum Thema sammeln. Wie wäre es z.B. mal mit einem ganz anderen Sommerurlaub? Vier Wochen Sozialarbeit wahlweise auf einem Rettungsschiff im Mittelmeer oder, wer das lieber mag, in einem griechischen Flüchtlingslager, vorzugsweise Moria. Vielleicht könnte das bei dem einen oder der anderen bewirken, dass die Bewertung mancher Frage, auch der Sachzwänge, überdacht wird. Frau wird ja noch wünschen dürfen ...

Brigitte Heinzmann, Frankfurt

Die EU tritt Menschenrechte mit Füßen

Natürlich ist es erst einmal ein kleiner Schritt nach vorne, wenn die Politik bekundet, gemeinsam und entschlossen gegen faschistische Gewalt und die entsprechenden terroristischen Strukturen vorgehen zu wollen. Wenn jedoch einerseits „Hass und Verrohung“

verbal beklagt wird und andererseits an der EU-Außengrenze unter dem Beifall der AfD mit scharfer Munition gegen Menschen, darunter Frauen und Kinder, brutalst vorgegangen wird, dann kann es mit diesen Bekundungen nicht weit her sein.

Eigentlich wollte die EU mit ihrer verpflichtenden Charta der Grundrechte „den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns“ stellen. Daher bekennt sie sich in Art. 18 zum „Recht auf Asyl nach Maßgabe des Genfer Abkommens“, sowie zum „Schutz bei Abschiebung und Auslieferung“, sofern u. a. „das ernsthafte Risiko einer unmenschlichen Behandlung besteht“ (Art. 19). Weiterhin verpflichtet sich die EU zur Achtung der Würde des Menschen (Art. 1) und zum Schutz vor Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (Art. 4). Trotzdem tritt die EU diese unveräußerlichen Rechte in der Praxis mit Füßen, weil den bedrohten Menschen nicht den Hauch einer Chance gelassen wird, ihren Rechtsanspruch auf Darlegung ihrer Asylgründe vorzubringen.

Verantwortlich für dieses menschliche und humanitäre Fiasko, für diesen eklatanten Rechtsbruch ist die EU-Kommissionspräsidentin, Frau Ursula von der Leyen. Meines Erachtens erfordert dieses Verhalten eine sofortige Strafanzeige!

Bernd Bremen, Aachen

Entscheidend ist die Kurdenfrage

Im Artikel setzen Sie den Akzent auf Putins Politik und lassen die Kurdenfrage unerklärt. Da liegt aber die Wurzel des türkischen Handelns: um jeden Preis die Kurden vernichten, sogar mit Hilfe der syrischen Rebellen. Solange dieser Punkt nicht geregelt ist - oder solange es Erdoğan gibt - wird es in Syrien keinen Frieden geben. Bis die UNO, Putin und Assad Kurdistan ins Leben rufen, auf einem Teil von Syrien und Irak. Es war vor 100 Jahren fast so weit.

Jacqueline Walter, Sinzheim

Diskussion: frblog.de/syrien-4

Weg mit dem „Rasse“-Begriff!

Zu: „Grüne wollen den Begriff ‚Rasse‘ aus dem Grundgesetz streichen“, FR-Politik vom 2. März

Endlich nimmt sich eine Partei dieses Themas an. In Frankreich hat die Nationalversammlung 2018 den Begriff „Rasse“ aus der Verfassung gestrichen. Zahlreiche Organisationen in Deutschland fordern schon lange, diesen Begriff für Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Aussehens nicht mehr zu verwenden.

Schon seit Jahrhunderten ist dieser Begriff immer wieder verwendet worden, zur Abgrenzung (gut und schlecht) oder zur biologischen Bestimmung (ohne politische Bewertungen). Insbesondere aber seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich der Begriff bei Menschen immer stärker zum In-

strument für Herrschende und Unterdrückte/ Minderwertige entwickelt. Ihren Höhepunkt fand seine Anwendung in der Zeit der Nationalsozialisten. Er gipfelte dann im Begriff der „Herrenrasse“ im Naziregime u.a. als Rechtfertigung für die Vernichtung von Juden, Sinti & Roma.

Zu akzeptieren sind Unterscheidungen der verschiedenen Menschen nur, wenn diese Herkunftsbezeichnungen selbst aus sich heraus (also nicht von außen bestimmt) anwenden, wie z.B. wenn die Schwarzen sich selbst Schwarze nennen. Wer also heute selbst wohlmeinend den Begriff „Rasse“ verwendet, also zum Beispiel in Antirassis-

mus, der impliziert immer noch, dass es Rassen gibt. Dieser Sprachgebrauch muss sich ändern, so wie wir gelernt haben, dass bestimmte Bezeichnungen diskriminierend sind (Zigeuner) und wir dafür heute selbstverständlich andere Herkunfts- oder Abstammungsbezeichnungen verwenden.

Ja, die Menschen sind unterschiedlich, es gibt Weiße und Schwarze, Indios, Asiaten, Inuit, etc. Aber das sind keine Rassen (wie man sie in der Welt der Tierzucht kennt), sondern eben nur unterschiedliche Menschen. Daher: Weg mit dem Begriff „Rasse“.

Reinhard Matthias, Pinneberg